

**Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht für das Kalenderjahr 2019
der
IG Hürth e.V., Nibelungenstraße 80, 50354 Hürth**

Nachstehend dürfen wir Ihnen / Euch über unsere Tätigkeiten und Aktivitäten Rechenschaft ablegen:

04. Januar 2019: Vorstandstreffen mit folgenden Themen:

- a) Festlegung des Termins für die Jahreshauptversammlung.
- b) Anstehender Besuch des Staatssekretärs Herr Thomas Bareiß vom Bundeswirtschaftsministerium.
- c) Spendenbescheinigungen für das Kalenderjahr 2018.
- d) Novellierung des NABEG (Netzausbaubeschleunigungsgesetz).
- e) Terminbestimmung mit unserem Rechtsbeistand Kanzlei Lenz und Johlen.

05./06. Januar 2019: Erstellung des Tätigkeits - und Rechenschaftsbericht für das Kalenderjahr 2018.

07. Januar 2019: Schreiben an alle Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Energie im Deutschen Bundestag. Inhalt: „Das die Novellierung des NABEG in der vorliegenden Fassung sich gegen die Bürger richtet und damit in keiner Weise akzeptabel ist.

18. Januar 2019: Einladung von Bürgermeister Dirk Breuer, anlässlich des Besuches von Staatssekretär Thomas Bareiß.

19. Januar 2019: Treffen bei der Bürgerinitiative in Hagen. Erfahrungsaustausch. Hier wurde ebenfalls Klage gegen den Netzbetreiber der Firma Amprion eingereicht. Auch hier der Grund, dass durch eventuell von der Bundesregierung eine Genehmigung für das Steinkohlekraftwerk Datteln 4, kein ÖKO-Strom durch die Stromleitungen, sondern Steinkohleverstromung fließen wird.

21. Januar 2019: Schreiben an die Landes- und Bundespolitiker, dass eine Unterstützung für die Interessen der Bürger so gut wie nicht erkennbar ist.

24. Januar 2019: Besuch von Staatssekretär Thomas Bareiß in Hürth.
Besichtigung der jetzigen Stromtrasse die durch mehrere Wohngebiete verläuft und Angaben von uns, wie dies in der Zukunft aussehen wird und welche Belastungen für die nächsten Generationen auf diese zukommt.

Anschließende Diskussion im Hürther Rathaus:

Beteiligte: Bürgermeister Dirk Breuer
Staatssekretär Thomas Bareiß
Vertreter der Bundesnetzagentur
Vertreter der Fa. Amprion
Ratsmitglieder
Vorstand der IG Hürth e.V.
Betroffene Bürger

Es wurde vom Staatssekretär zugesagt, eine „Runden Tisch“ mit allen Beteiligten einzurichten, um Lösungen zu erarbeiten.

05. Februar 2019: Treffen mit der Bürgerinitiative Pulheim und dem Bürgerverein Köln-Lövenich.
Auch die Bürger des Kölner Stadtteile Lövenich und Weiden zeigen großes Interesse an unserer Arbeit. Es wurde vom Vorstand des Bürgervereins beschlossen, dass bei ihrem „Veedelsfest“ wir einen Informationsstand aufstellen sollen um betroffene Bürger/Innen zu sensibilisieren.

28. Februar 2019: Schon ein Jahr ist nach der Gerichtsverhandlung beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig verstrichen und bis jetzt sind noch keine Unterlagen zu Alternativtrassen vom Netzbetreiber Amprion bei der Bezirksregierung in Köln eingereicht worden.

14. März 2019: Schreiben von unserem Bürgermeister Dirk Breuer an den Staatssekretär Thomas Bareiß mit der Bitte, wann wir mit einem Termin zum „Runden Tisch“ erhalten werden.
Die Stadt Hürth stellt gerne für diesen Termin die Räumlichkeiten zur Verfügung.

15. März 2019: Jahreshauptversammlung der IG Hürth e.V.

24. März 2019: Veedelsfest in Köln-Lövenich 9:00 – 18:00 Uhr
Wir waren vertreten mit einem Informationspavillon.
Flyer, Luftballons und Button.
05. April 2019: Termin bei unserem Rechtsbeistand Lenz und Johlen in Köln.
09. April 2019: Schreiben von unserem Rechtsbeistand an die Bezirksregierung
Köln. Es wurde der jetzige Sachstandbericht angefordert.
24. April 2019: Antwort der Bezirksregierung Köln:
„die Vorhabenträgerin und die Planfeststellungsbehörde
führen derzeit eine neue Variantenprüfung durch. Wann
dieses Verfahren abgeschlossen sein wird, ist derzeit nicht
absehbar“.
02. Mai 2019: Schreiben vom Bundestagsmitglied Herrn Oliver Krischer an
Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, welche Erkenntnisse
aus den Besuchen vor Ort er aus seiner Netzreise gewinnen konnte.
06. Mai 2019: Hier in Kurzform die Antwort durch den
Parl. Staatssekretär Oliver Wittke:
Bundesminister Peter Altmaier: Netzausbau wurde zur
Chefsache erklärt.
Auf seiner Netzreise hat er das Gespräch mit Akteurinnen und
Akteure vor Ort gesucht und sich ein Bild von den Problemen und
Hindernissen beim Ausbau der Stromtrassen gemacht.
- Für P. Altmaier das wichtigste Anliegen:
vor Ort mit den Menschen ins Gespräch zu kommen.
Welche sind die Sorgen der Betroffenen in den besuchten Regionen.
Der Dialog mit den Bürger/Innen hat ihn bestärkt, dass der Netzausbau
auch weiterhin dialogorientiert fortgesetzt wird.
Zwischen allen am Prozess beteiligten Parteien muss eine Diskussion
auf Augenhöhe möglich sein.
- Nach der Reise ist der Minister weiterhin der Ansicht, dass sein
Ansatz, sowohl mit den Bürgerinnen und Bürger vor Ort, ihren
Abgeordneten, Landesvertretern, Bürgermeister/Innen, Vertreter der
Projekträger und Planungsbehörden zu sprechen, der richtige ist.

Nun kann sich jeder seine eigene Meinung bilden, was der Bundesminister in Wirklichkeit für die Menschen vor Ort bis heute umgesetzt hat.

6. Mai 2019: Unser Schreiben an Oliver Krischer auf seine Frage hin, welche Ideen wir noch in der Sache weiter aktiv beisteuern können.
16. Mai 2019: Vor Ort Termin mit der Redaktion WDR 5, Thema „Stadtgespräch“ in Pulheim-Geyen. Besichtigung der Monstermasten mit anschließenden Stellungnahmen durch die Vertreter der IG Hürth e.V. und der Bürgerinitiative Pulheim.
23. Mai 2019: Einladung zum Frühjahrsempfang des AWH (Arbeitskreis Wirtschaft Hürth).
29. Mai 2019: Bürgersprechstunde des Bundestagsabgeordneten Dr. Georg Kippels im Prinzenhof, Zur Gotteshülfe 55, in Hürth.
Auch hier wurden entsprechende kritische Anmerkungen durch Vertreter der IG Hürth e.V. vorgetragen.
04. Juni 2019: Kontaktaufnahme zu Herrn Ehrenberger von der Redaktion WDR 5.
24. Juni 2019: Beteiligung durch Vertreter der IG Hürth e.V. an der Dialogveranstaltung „Stromnetzausbau in NRW“ in Düsseldorf.
Hier wurde von uns die Situation in Hürth vorgetragen und darauf hingewiesen, dass eine Erfolgsaussicht für einen schnellen Leitungsausbau nur gegeben ist, wenn wirklich alle Beteiligten, wie Bundesminister Peter Altmaier sagte: „man auf Augenhöhe und mit den Betroffenen vor Ort „die Gespräche sucht und führt. Wichtig ist jedoch, dass die daraus gewonnenen Erkenntnisse auch wirklich in die Entscheidungen für den Netzausbau einfließen.

Sommerpause

28. August 2019: Information von Frau Dr. Seydel über einen Artikel in der Zeitschrift „DIE ZEIT“ Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung „Energie, Verkehr und Umwelt“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und Professorin für Energieökonomie und Nachhaltigkeit an der Hertie School of Governance.

Der Netzausbau von Nord nach Süd muss nicht sein. Ohnehin hat Süddeutschland ein eigenes Potenzial für erneuerbare Energien, wengleich sich die dortige Politik immer beharrlich gegen den Ausbau der Windenergie gesperrt hat. Auch der Süden kann CO2 frei werden, wenn Wind-, Wasser-, Sonnen- und Bioenergie hinzugefügt und zudem die erheblichen Speichermöglichkeiten in den Bergen nutzt. Dafür braucht man keine „Monstertrassen“, sondern dezentrale Verteilnetze, wie erneuerbare Energien sie verlangen.

Die Betreiber der Stromnetze raten immer zum maximalen Ausbau unter dem Vorwand, das sei unerlässlich für die Energiewende. Doch die tatsächlichen Effekte einer konsequenten Energiewende lassen sie dabei unberücksichtigt.

Dies ist ein kleiner Ausschnitt aus dem Zeitungsartikel. Letztlich muss man sagen, dass die Politik nicht verstehen will, dass der Schnellschuss zur Energiewende ohne Sinn und Verstand erfolgt ist und die Energie-Netzbetreiber-Konzerne dem Steuerzahler viel Geld aus der Tasche ziehen. „Zum Wohle des Deutschen Volkes?“

7. u. 14. September 2019: Treffen der Vorstandmitglieder.

Schreiben an Dr. Georg Kippels.

Schreiben an Bürgermeister Dirk Breuer (Runder Tisch)

Schreiben an Ministerpräsident Armin Laschet und

Prof. Pinkwart, das die Hessische Landesregierung sich hinter ihre Bürger stellt und wir es uns wünschen, dass auch unsere Landesregierung Flagge für ihre Bürger/Innen zeigt.

Kontaktaufnahme zu Herrn Ehrenberger WDR 5.

17. September 2019: Schreiben an Bürgermeister Dirk Breuer, ob eine Antwort von Staatssekretär Th. Bareiß, bzgl. des „Runden Tisches“ erfolgte.
18. September 2019: Schreiben an Frau Dr. Friederike Seydel, mit der Bitte sich um Antwort unseres Schreibens an MdB Oliver Krischer zu wenden.
19. September 2019: Antwort von Frau Dr. Seydel, dass sie versucht Herrn Oliver Krischer zu kontaktieren.
19. September 2019: Information über CDU-Initiative zur Infrastrukturbeschleunigung: „Geplanter Angriff aufs Völkerrecht?“ zur Aarhus Konvention.
24. September 2019: Schreiben an Dr. Georg Kippels.
Hier die Probleme nochmals aufgeführt und um seine Unterstützung gebeten.
26. September 2019: Vorstandstreffen.
Folgende Punkte wurden besprochen:
Netzentwicklungsplan (NEP) 2030 Version 2019.
Schreiben an Frank Rock MdL.
Datenschutzerklärung unserer Mitglieder.
Information an die EU-Parlamentarier bzgl. geplanter Angriff auf das Völkerrecht zur Aarhus Konvention.
27. September 2019: Schreiben von Herrn Dr. Kippels an Staatssekretär Thomas Bareiß bzgl. „Runden Tisch“.
7. Oktober 2019: Schreiben an MdL Herr Frank Rock, mit der Bitte, um Kontaktaufnahme mit der Herren Armin Laschet und Prof. Pinkwart, damit ein gemeinsames Treffen zustande kommt.
11. Oktober 2019: Stellungnahme der IG Hürth e.V. an die Bundesnetzagentur zu den Entwürfen des Netzentwicklungsplans 2019-2030 und des Umweltberichts.

15. Oktober 2019: Schreiben an die Stadt Hürth, ob auch von dieser Seite aus Stellungnahmen und evtl. Einwendungen zum NEP 2030 Version 2019, 2. Entwurf vorgenommen wurden.
16. Oktober 2019: Antwortschreiben der Stadt Hürth:
mit Bezug auf Ihr Schreiben vom 15.10.2019 kann Ihnen nach Abstimmung mit Herr Siry mitgeteilt werden, dass die Stadt Hürth in dem Verfahren bisher nicht beteiligt wurde und daher keine Stellungnahme abgegeben hat.
12. November 2019: Herr Warnecke von Bündnis90/Die Grünen hat signalisiert, dass er versuchen will, zusammen mit Oliver Krischer eine gemeinsame Infoveranstaltung mit der BI Pulheim und der IG Hürth durchzuführen.
20. November 2019: Vorbereitung des offenen Briefes an das EU-Parlament, in Sachen „Änderungspläne der Aarhus-Konvention und Sendung des Briefes an EU-Parlamentarier Herrn Reinhard Bütikofer.
27. November 2019: Öffentliche Sitzung des Umweltausschusses der Stadt Pulheim. Unsere Teilnahme als Unterstützung der BI Pulheim mit Unserem Kommentar zur Bürgeranhörung zum Punkt 8 der Sitzung „Ultranet-Höchstspannungsleitungsprojekt des Stromleitungsunternehmens Amprion“.
06. Dezember 2019: Schreiben wie versprochen an Herrn Erdenberger von WDR 5, dass wir auf ihn zukommen werden, sobald wir Neuigkeiten von der Bezirksregierung Köln erhalten.
06. Dezember 2019: Schreiben an Dr. Georg Kippels, mit der Frage, ob auf sein Schreiben an Staatssekretär Thomas Bareiß eine Antwort erhalten hat?
Unsere Bitte an Herrn Dr. Kippels, dass er nun mit Nachdruck Herrn Bareiß zu einer Reaktion bewegt.
08. Dezember 2019: Schreiben an MdL Herrn Frank Rock inwieweit unsere Bitte zu einem gemeinsamen Treffen mit den Herren Laschet und Pinkwart gediehen ist.

09. Dezember 2019: Information: Herr Neugebauer von der Bezirksregierung Köln:
Fa. Amprion hat nunmehr die Unterlagen zu Alternativtrasse eingereicht.

19. Dezember 2019: Antwort von Herrn Dr. Kippels, dass wir uns mit unserem
Bürgermeister am 24.1.2020 im Rathaus zu einem
Gesprächstermin treffen werden.

27. Dezember 2019: Zur allgemeinen Information. Bericht in der FAZ:
„Beim Bau neuer Stromleitungen sollte der Staat aus Sicht des
SPD-Umweltexperten Matthias Miersch das Widerspruchsrecht
der Anwohner beschneiden.

Auch hier kann man wieder einmal erkennen, dass Lobbyismus
Vorrang vor negative Einwirkungen auf die Bevölkerung, der
Städte, Kommunen, Wohnqualität und Gesundheit hat.

Liebe Mitglieder,

Sie / Ihr könnt sehen, dass wir auch im Jahr 2019 viele Termine wahrgenommen
haben.

Eine Menge an Korrespondenz mit Mitgliedern, Aktionsbündnis Ultranet, Politikern
auf Stadt -, Landes - und Bundesebene, Bürgerdialoge, Bundesnetzagentur usw.
sind angefallen und haben uns immer wieder angetrieben unser gemeinsames
Umweltbewusstsein und Lebensqualität in den Köpfen derer zu verankern, die nicht
in der Lage sind, im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürger, nach Lösungen zu
suchen und auch zu finden.

Ihre
Interessengemeinschaft Hürth e.V.
der Vorstand